DIE LINKE.PDS

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

Mai 2007

Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin

Auf ein Wort…

von Werner Förster

1. Mai 2006, ein Plakat: „Die Linke kommt!“. „Sie kommt!“, so der aktuelle Bericht unseres Parteitagsabgeordneten Sascha Trutt in diesen Tagen. Sie ist das Produkt der Agenda 2010 und derer, die sie vorangetrieben haben; auch von uns.

Regierung und Gesellschaft stehen über Kreuz. Themen, die der Gesellschaft wichtig sind, sind für die Regierenden randständige, und umgekehrt.

Von den Eckpunkte-Papieren I - III war es ein notwendiger, wenn auch langer Weg. Die Linke ist nicht Selbstzweck. Es sind neue Felder politisch einflussreichen Handelns aufgetan. Gesellschaftliche Mehrheits-Themen bewusst aufzugreifen und ihnen konsequenter als zuvor die eigene Politik zu widmen, das ist die Chance. Es bedeutet meist auch Gegensatz zu anderen politischen Kräften. Letztlich geht es um eine Bürgerbewegung für Sozialstaat, Demokratie und Frieden, im vielfachen Sinne für die ganze Welt. Es ist nicht allein eine Frage, Protest zu bündeln. Neue Formen der direkten Demokratie sind vielmehr Wege, um die Abschottung des politischen Systems zu durchbrechen. Ja, vom Sozialismus reden, heißt, im Kapitalismus zu leben und sein brutales Antlitz zu verändern. Chancen und im Grunde Notwendigkeiten für einen modernen Sozialismus sind gegeben. Lasst sie uns ergreifen!

Es geht nicht schlechthin um eine Wahlpartei. Es geht um die Bürgerinnen und Bürger und darum, lebenswerte Perspektiven für Jung und Alt zu schaffen. Denn der real existierende Staat befördert in keiner Weise das in freier demokratischer Meinungsbildung ermittelte Allgemeinwohl. Als Teil gesellschaftlicher Verhältnisse, die ständig von neuem Ungleichheit und Profittreiberei - kurz: Ausbeutung - erzeugen und regulieren, stellt er sich als ungerecht und in seiner jetzigen Form nicht länger tragbar heraus.

Wer und was mobilisiert eine gesellschaftliche Dynamik und verschiebt, ändert das Kräfteverhältnis zugunsten von mehr Gerechtigkeit, wenn nicht auch die neue Linke?

Uns sollte klar sein: Wir leben in einer Welt, in einer Gesellschaft, deren Festigkeit ein widerstandsfähiger Funktionalismus zu Grunde liegt: Die Träger von Veränderungen sind in Verhältnisse eingebunden, wo es dem Einzelnen einigermaßen gut geht und dieser die ihm aufgebürdeten Zwänge für unabänderlich hält. Solche Strukturen zu entlarven und zu überwinden, ist notwendiger Teil unseres Handelns. An Gegenkräfte inhaltlich fundiert anzuknüpfen, ist Handlungsphilosophie fortschrittlicher Gesellschaftsgestaltung. Wahrlich ein weites wie spannendes Feld. Es erfordert ein Handeln ohne Illusionen.

Ja, wir werden mehr als je zuvor sowohl von den ewig Gestrigen wie auch von den Besitzstands wahrenden Kräften bekämpft werden. Die ersten Reaktionen der politischen Gegner sind Zeugnis vom Beginn einer unsachlichen und einseitigen Hexenjagd. Dies mit dem Spruch von den „bellenden Hunden“ und der „weiter ziehenden Karawane“ abzutun, wäre ein folgenschwerer Fehler. In der Gemeinde sprechen die Zeichen eine andere Sprache. Lasst uns den Gründungsparteitag im Juni angemessen vorbereiten. Im Januar haben wird die dazu notwendigen Beschlüsse gefasst.

Einladung

*zum 5. Forum „**Gesellschaftliche Zusammenhänge**“*
der Ortsorganisation der Linkspartei.PDS
am Mittwoch, dem 30. Mai 2007 um 19.00 Uhr
ins Haus der Senioren

Thema: *Die EU wird 50 - wie geht es weiter? Aufgabenstellungen für Die Linke und die Partei der europäischen Linken (EL). „Globalisierung“ und die Profilierung der internationalen Linken: Wo liegen Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Politik?*

Referent: *Genosse Dr. Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und Leiter des Bereiches Internationale Politik.*

Moderator: *Genosse Erhard Dechnik*

Verkehrsdefizite - Durchdachte Verkehrslösungen nötig

von Dr. Jürgen Blunk

Zwischen den realen Verkehrsbedürfnissen und Verkehrsströmen einerseits und der gegenwärtigen Verkehrsstruktur andererseits östlich der Bundeshauptstadt bestehen ungelöste Widersprüche. Das gilt für den engeren Verflechtungsraum und den äußeren Entwicklungsraum des Landkreises MOL, und es gilt für Schiene (SPNV) und Straße (ÖPNV).

Seit dem 3.10.1990 verdoppelte sich in solchen Gemeinden des engeren Verflechtungsraums wie Neuenhagen, Altlandsberg und Hoppegarten die Einwohnerzahl in etwa. Der Bahnhof Hoppegarten umfasst einen Einzugsbereich von etwa 50 bis 60.000 Bürgerinnen und Bürgern. Es sind überwiegend Berufspendler mit Arbeitsplätzen in Berlin, Studenten, Schüler, Berlin-Touristen. Berufspendler aus dem äußeren Entwicklungsraum nutzen den SPNV, um nach Berlin zu gelangen. Im zentralen Schnittpunkt des radial in O-W-Richtung verlaufenden SPNV und des tangentialen, mehr nord-südlich angelegten ÖPNV liegt der Bahnhof Hoppegarten. Nach einer etwa vier Jahre zurückliegenden Untersuchung frequentieren ca. 70 Prozent aller Neuenhagener S-Bahn-Nutzer den Bahnhof Hoppegarten.

MOL hat sich seit dem 3.10.1990 zu einer strukturschwachen Region rückentwickelt. Selbst im engeren Verflechtungsraum liegen die Arbeitslosenziffern höher als z. B. in TF, PM und in der Landeshauptstadt Potsdam selbst. Der äußere Entwicklungsraum bis hin zur Oder ist durch weitaus höhere Arbeitslosenziffern, durch ungebrochene Abwanderung in strukturstarke Länder der Bundesrepublik und ins Ausland, durch Abbröckeln der medizinischen Versorgung in Landgemeinden, schrittweise Überalterung, Schulschließungen usw. gekennzeichnet. Hatte eine Stadt wie Bad Freienwalde einst 12.000 Einwohner, so sind es heute 9.000. Gerade aus diesen benachteiligten Teilen von MOL kommt mit hohem Zeitaufwand ein wachsender Teil der Berufspendler.

Inzwischen lief ein Sanierungsprogramm für Bahnhöfe und Haltepunkte an der Strecke Berlin-Lichtenberg - Kostrzyn mit Erfolg an. Der NB 26 der Niederbarnimer Eisenbahn verkehrt seit Dezember 2006 mit modernsten Triebwageneinheiten und verzeichnet wachsende Fahrgastzahlen. Doch: Der Zugewinn an Reisekomfort bringt den Reisenden auf dieser Strecke nicht eine einzige Sekunde Mobilitätsgewinn. Hoppegarten wird ohne Halt durchfahren. Für jene Bahnnutzer, die in den Norden oder Süden (Rostock, Hamburg, München usw.) der Bundesrepublik reisen, entsteht ein Mobilitätsverlust von neun S-Bahnminuten, weil sie nicht mehr den Ostbahnhof, sondern den Hauptbahnhof frequentieren müssen.

Noch ohne offizielle Grundsteinlegung begannen 2006 die Arbeiten zum Umbau des Bahnhofs Ostkreuz. Dort steigen täglich 330.000 Fahrgäste ein, aus, um oder fahren durch. Gemessen an der Fahrgastfrequenz wird er der größte Bahnhof Berlins bleiben. Dort entstehen drei neue Regionalbahnsteige. Jeder von ihnen verbindet Teile Brandenburgs mit Berlin, einer davon nimmt die Streckenführung des jetzigen NB 26 Kostrzyn - Berlin auf. Medienöffentliche Verlautbarungen nennen 10 Jahre als Bauzeit oder anders: Voraussichtlich erst in zehn Jahren treten für MOL-Bürger messbare Mobilitätsgewinne ein. Diese Frist ist zu lang und unzumutbar.

Seit dem 1. Mai 2004 ist die Republik Polen im Ergebnis eines Referendums Vollmitglied der EU.

Polnische Bürger in den grenznahen Wojewodschaften nutzen die Bahn für Besuche in der Bundeshauptstadt und/oder als Flugreisende für Schönefeld, Tegel oder auch Tempelhof. Damit entstand ein identisches Verkehrsbedürfnis für Bürger in MOL und in Polen, das durchdachte und schnell realisierbare SPNV-Lösungen bei Nutzung vorhandener Gleisanlagen über den Bahnaußenring erfordert: Biesdorfer Kreuz, Biesdorf Süd und dann alternierend zum Ostbahnhof oder nach Schönefeld.

Unzumutbar ist auch der ÖPNV in und weit um Hoppegarten herum. Er bedarf dringendst anstelle jetziger, realitätsferner Flickschusterei einer grundsätzlichen Neuordnung, die neben dem Gewerbegebiet mit rund 2000 Beschäftigten auch zur Kenntnis nimmt, dass die zwangsfusionierte Gemeinde Hoppegarten eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 16 bis 18 Kilometer hat und zum Beispiel die schnellste ÖPNV-Fahrt von Waldesruh zur 7 km Luftlinie entfernten Amtsverwaltung fahrplanmäßig eine Stunde und fünfzig Minuten erfordert. Die Lösung liegt hier im gegenläufigen Rundverkehr des ÖPNV, der Berlin im Sinne unausweichlichen Zwanges berühren muss. Ein großer Teil nicht nur der Gemeindebürger ist, seit der Zerfall örtlicher Infrastruktur nach dem 3.10.90 begann, selbst für den Einkauf einfachster Waren des täglichen Bedarfs auf Berlin und auch dessen medizinische Infrastruktur unausweichlich angewiesen.

Fazit: Es gibt in den GV Handlungsbedarf, sich grundsätzlich und analytisch mit Verkehrsfragen zu befassen, die den begründeten Interessen der Bürger des Ortes, Kreises, Landes und auch unserer polnischen EU-Nachbarn heute und auf weite Sicht entsprechen. SPNV und ÖPNV beleben Wirtschaft, ziehen potentielle Investoren an, lassen neue Arbeitsplätze entstehen, bremsen Abwanderung und wirken dem Klimawandel entgegen. Zuerst die Schiene darf nicht unter den Hammer kommen.

Demo für eine „Freie Heide"

von Heide Richter und Harry Schneider

Die Ortsdemo in Fretzdorf, Kreis Ostprignitz-Ruppin, am 8. April 2007 für eine „Freie Heide" und gegen das Bombodrom wurde für uns und für Helga und Rudolf Pietschmann ein wunderbares Erlebnis. Mit erheblich mehr als 10.000 Teilnehmern vollzog sich der größte Ostermarsch in der Bundesrepublik in diesem Jahr. Von besonderer Bedeutung war: die Senioren blieben diesmal in der Minderheit. Die Generation ihrer Kinder und noch mehr die Generation der Enkel gaben der Veranstaltung das Gepräge.

Hauptredner war der Theologe Eugen Drewermann, der mit großer Schärfe die Kriegspolitik der NATO-Staaten seit dem Überfall auf Jugoslawien bis zu den aktuellen unheilvollen Ereignissen im Irak und in Afghanistan verurteilte. Er bezeichnete die NATO als verbrecherische Vereinigung, die man schleunigst verlassen sollte. Er erntete stürmischen Beifall.

Nach einem Fußmarsch von etwa zwei Kilometern fand die Abschlusskundgebung auf einem großen Gelände vor dem militärischen Sperrbezirk statt. Sie war als riesiges symbolisches Verbotsschild für Tornados gestaltet, das von Menschenmassen dargestellt wurde. Selbst Ministerpräsident Platzek kam nicht umhin, den Rückzug der Bundeswehr aus der „Freien Heide" zu fordern – im Widerspruch zur Bundesregierung.

Beeindruckend für uns war die Vielfalt der Teilnehmer. Ein breites Spektrum von Linkspartei, DKP, christlichen Gruppen, örtlichen Initiativen bis zur SPD und ihr angeschlossenen Vereinigungen war vertreten, um gewaltfrei aber sehr entschlossen seinen demokratischen Willen kundzutun. Unter den Demonstranten befanden sich auch führende Linkspolitiker wie Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und der Europaabgeordnete Helmuth Markov.

Diese großartige Veranstaltung machte deutlich, in welchem Kräftebündnis das „historische Subjekt" zur demokratischen Umgestaltung der Bundesrepublik bestehen sollte.



Aus dem Ortsvorstand

Die Auswertung des Bundesparteitages war Schwerpunkt der letzten Beratung.

Dazu wurden Festlegungen für die Mitgliederversammlung am 13.04.07 getroffen (siehe dazu den Bericht des Genossen Peter Fischer).

Wesentlich wurden Maßnahmen zur Organisation der Urabstimmung und zu den vorzunehmenden Aktivitäten nach dem gemeinsamen Bundesparteitag unserer Partei und der WASG im Juni dieses Jahres erörtert. Entsprechende Arbeitsgruppen wurden gebildet. Das „Gespräch über Deutschland“ mit Lothar Bisky am 22.06.07 zählt zu den gewichtigsten der anliegenden Veranstaltungen. Über Weiteres wird in der Juni-Ausgabe von „Im Gespräch“ zu berichten sein.

Der Ortsvorstand beschloss auf der genannten Mitgliederversammlung einen Antrag zur Einleitung eines Schiedsverfahrens mit dem Ziel, eine Ordnungsmaßnahme gegen ein Mitglied der Ortsorganisation vorzuschlagen.

Weiter zu benennen, wären eine Verständigung zum Verteilersystem, die Einladung von jungen Parteimitgliedern zu einer Aussprache und nicht zuletzt die Vorbereitung des nächsten „Linken Sommerwindes“ am 30.06.07.

Die deutsche Präsidentschaft und die Linkspartei

Dr. Helmut Scholz (Mitglied des Parteivorstandes und Leiter des Bereichs Internationale Politik) Dr. Sylvia Anders (Mitarbeiterin im Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle)

Sinn wahrend gekürzt von Dr. Arno Gassmann

I. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Zur Zeit übt die Bundesrepublik Deutschland die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union aus. Aufgrund der Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedsstaaten wird die Ratspräsidentschaft 2007 die letzte für Deutschland in den nächsten 13 Jahren sein.

Sicher auch diesen Fakt berücksichtigend, vor allem aber weil EU-Ratspräsidentschaften sehr gut der Profilierung der jeweiligen Regierenden dienen und zugleich von innenpolitischen Problemen ablenken, hat sich auch die Regierung Merkel viel vorgenommen. Dabei gibt es für die deutsche Regierung eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen zu bedenken, die für die deutsche Ratspräsidentschaft nicht nur günstig sind, sondern zugleich die politische Aufgabenstellung erschweren:

Außenpolitisch sind es vor allem die krisenhaften Prozesse im Nahen und Mittleren Osten, einschließlich der Auswirkungen des "Krieges gegen den Terror" mit seinen Schauplätzen Afghanistan und Irak, handelspolitisch die Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO, die vor dem Scheitern steht, sowie europapolitisch vor allem die ungelöste EU-Verfassungskrise sowie die EU-Erweiterungsperspektive. Schritte zur Lösung dieser Probleme durch einheitliches Handeln der EU werden zusätzlich erschwert durch die anstehenden Regierungswechsel an den Spitzen Frankreichs und Großbritanniens sowie durch das ungelöste Zypernproblem.

Darüber hinaus übernimmt Deutschland für das gesamte Jahr 2007 auch die G8-Präsidentschaft.

Auf der Positivseite stehen die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU und die Sloweniens in die Eurozone.

Die Durchsetzung von Entscheidungen wird sicher dadurch erleichtert, dass auch im Europäischen Parlament faktisch eine Große Koalition das Sagen hat und in der dritten Januarwoche wahrscheinlich der CDU-Politiker Pöttering neuer Präsident des EP wird.

II. Was die Linkspartei.PDS von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwartet und fordert

Die Bundesregierung muss in ihrer Ratspräsidentschaft vor allem dahin gehend Akzente setzen, die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Mitgliedsstaaten zu verstärken. Nur so wird der zunehmenden Abkehr der Menschen vom europäischen Gedanken entgegengewirkt werden können. Wir erwarten, dass die Bundesregierung bezüglich der EU-Verfassung akzeptiert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und den Niederlanden die ihnen per Referendum vorgelegte Verfassung abgelehnt haben. Daraus abgeleitet muss sie dafür Sorge tragen, dass ein neuer vertraglicher Ansatz für die Verfassung so erarbeitet wird, dass er den Wünschen der Menschen in der EU nach einer friedlichen, sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und demokratischen Union entspricht. Die neoliberale Grundausrichtung von Binnenmarkt und Lissabonstrategie muss aufgegeben und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Dazu gehören existenzsichernde, sinnvolle Arbeitsplätze, EU-weite soziale Mindeststandards einschließlich gesetzlicher Mindestlöhne, armutsfeste Sozialsysteme, kostenlose Bildung, Ausbildung und Erststudium für alle, ein würdevolles Leben im Alter. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist notwendig, nicht aber die Privatisierung der Energiemärkte. Es muss den kommunalen, regionalen und nationalen Entscheidungen überlassen bleiben, welche Eigentumsformen gewählt werden, um ihrem Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern allzeit und überall sichere und bezahlbare Energie bereitzustellen, nachzukommen.

Interessen von Europäern werden nicht am Hindukusch vertreten. Nationale, europäische und internationale Sicherheit hängt zufriedenstellenden Lebensperspektiven für die Menschen ab, überall auf der Welt. Dazu werden immer weniger Waffen von Nöten sein. Die Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel durch einseitiges Abrüsten und Einschränkung von Rüstungsexporten vorangehen.

III. Was hat die Linkspartei.PDS während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor?

Ziel und Aufgabe der Linkspartei.PDS und der Neuen Linken ist es, der Propaganda von der "beispiellosen Erfolgsgeschichte" des neoliberalen EU-Models und dem daraus abgeleiteten "Weiter so" durch die deutsche Ratspräsidentschaft mit Fakten zu widerlegen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist für uns Anlass, in dieser Zeit verstärkt europapolitische Probleme in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit zu stellen und unsere alternativen Vorstellungen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Demokratisierung des europäischen Integrationsprozesses und striktes Einräumen von mehr Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechten für die Bürgerinnen und Bürger sind für uns Voraussetzung für das Gelingen eines neuen, die Menschen ernst nehmenden politischen Ansatzes für die künftige EU.

Wir werden die vielen Veranstaltungen in Deutschland während der EU-Präsidentschaft nutzen, um als Linkspartei unserer Forderung nach einem Kurswechsel in der Europapolitik Nachdruck zu verleihen.

Überall wird programmiert.

von Prof. Hans-Joachim Braun

„Arbeit haben sie sich ja gemacht", wird wohl jeder sagen, der den sehr umfangreichen „Bremer Entwurf" für ein neues Grundsatzprogramm der SPD gelesen hat. Die Lektüre ist sehr zu empfehlen, bemüht sich der Text doch um ernsthafte Analysen der gegenwärtigen Lage und auch um angemessene Handlungsrichtlinien.

Mein Bemühen liegt dem gegenüber in der Kritik dieses Papiers. Als erstes ist wohl festzustellen. dass bestimmte Stilblüten nicht vermieden wurden. So wird z. B. der „*Mehrwert durch Solidarität*" entdeckt, worüber sich aber weder Gegner noch Freunde von Marx grämen müssen, denn hierbei geht es nicht um Politökonomie, sondern um, wie man früher sagte, das frohe Jugendleben.

Dieser Beitrag soll sich auf einige wirtschafts- und sozialpolitische Gesichtpunkte des Entwurfs beschränken.

Leider wird gleich am Anfang ein ganz kapitaler Bock geschossen: „*Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand*". Wenn das zuträfe, wäre die DDR, in der (auch heute unbestritten) die Beschäftigungsquote höher als in der alten BRD lag, reicher als Deutschlands Westen gewesen. Bekanntlich war das nicht der Fall. Zur Anzahl der Beschäftigten kommt bei der Wohlstandsermittlung nämlich noch deren **Arbeitsproduktivität** hinzu, die in der DDR niedriger als in der BRD war. Auch natürliche Bedingungen (z. B. Bodenfruchtbarkeit und Bodenschätze) haben darauf Einfluss. – Da es in der SPD genügend Menschen gibt, denen diese Zusammenhänge geläufig sind, wird man doch fragen dürfen, ob bei der Formulierung der zitierten „Weisheit" vielleicht der viel geschmähte Populismus Pate gestanden hat ...

Aber bleiben wir noch ein bisschen bei der Arbeitsproduktivität! Richtig wird gefordert, dass durch eine moderne Arbeitszeitpolitik eine Arbeitszeitverkürzung erreicht wird, „*die mehr Menschen in Beschäftigung bringt*". Nicht nur der gelernte Gewerkschafter wird sich an dieser Stelle fragen, ob das mit oder ohne Lohnausgleich geschehen soll. Dazu gibt es keine Aussage. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist aber schlicht und einfach Lohnkürzung! – In aller Bescheidenheit wäre hier anzumerken, dass ein kürzlich in Dortmund verabschiedeter Programmentwurf die Wechselbeziehung zur Produktivität klar erfasst hat: In Sachen Arbeitszeitverkürzung heißt es dort:

„*Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit kann dies erreicht werden, ohne dass die Einkommen sinken*".

Die sozialpolitischen Forderungen der SPD werden in Abschnitt 4.6 unter der Überschrift „Der Vorsorgende Sozialstaat" zusammengefasst. Vielem könnte man guten Gewissens zustimmen, z. B. dem Festhalten an der paritätisch finanzierten Sozialversicherung, der erneut erhobenen Forderung nach Vollbeschäftigung, der Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen u. a. m., würde nicht bei alldem zu oft die an Hand der Arbeitszeitverkürzung gezeigte Inkonsequenz an den Tag treten. Die Perspektive des „Vorsorgenden Sozialstaats" bleibt unklar. Rhetorik oder (sehr vorsichtiger) **Kurswechsel**, das ist und bleibt vorerst die Frage!

Zum freundlichen Abschied vom besprochenen Gegenstand wähle ich deshalb die Außen- und Sicherheitspolitik mit einem Zitat, dem wohl alle Leser beipflichten:

„*Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen*".

Worum es eigentlich geht ...
Auch um Straßennamen?

von Werner Förster

In der Lokalpresse erscheinen derzeit Beiträge und Leserbriefe. Wochenendzeitungen werden zur Diskussionsplattform. E-Mails machen die Runde und Handzettel werden in ohnehin verstopfte Briefkästen gesteckt. In zwei Fällen geht es nicht um leichtgewichtige Autoren - es sind Mandatsträger in Gemeinde und Kreis.

Man gewinnt den Eindruck, dass die Entwicklung von Kommunen in ernster Gefahr ist, weil einige ihrer Straßen den Namen eines im KZ Buchenwald auf Befehl Hitlers ermordeten Antifaschisten tragen. Es läge an den Bürgern, dieses zu dulden. Sie, wie die Gemeindevertretungen, mögen aus „ihrem sozialistischen Tiefschlaf erwachen" und endlich richtige Kommunalpolitik betreiben.

Andere sehen eine akute Gefährdung durch die, ob der Straßenschilder, erzeugte Irritation der Kraftfahrer. Außerdem hätte der Namenspatron keinen direkten Bezug zur betroffenen Kommune. Man ahnt es schon, es geht um die Thälmann-Straßen, all überall auf dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR. Wann, so fragt man sich, sind Rosa und Rudolf dran, aus dem Ortsbild zu verschwinden? Wann Heinrich von Kleist? Gibt es wirklich keinen höheren Gedanken von Gemeinwesen als die Kommune?

Breitscheid kam an selber Stelle wie Thälmann ums Leben. Dazu auch die Aussage, dass Thälmann nach dem „verfassungsgebenden Prozess als Verfassungsfeind klassifiziert" wäre.

So postuliert sich die Front der Akteure, so gibt sie sich Gesicht. Einig ist man in Meinung und Ziel, doch der Grad der Raffinesse variiert, ganz nach Intellekt und Geschmack. So wird ein der Linken sehr nahe stehender hochgeschätzter Bürger als würdiger Ersatz für die Straßenbeschilderung vorgeschlagen. Wer sollte da ernstlich widersprechen? So ist doch jedem elegant ein Maulkorb angelegt, jeder muss zufrieden sein.

Ja, gleiche Brüder, gleiche Kappen! Entsorgung von Geschichte im Stile der Inquisition.

Im untergegangenen Staat war der Antifaschismus nur per Gesetz möglich. Also nur eine neue Form der Rote-Socken-Kampagne? Nein. Es ist mehr.

Er sei Prof. Dr. Hermann Weber angeführt, dessen Meinung ein nicht einfaches Spannungsfeld aufzeigt. Prof. Dr. Michael Schumann wäre zu benennen, der die Absage an den Stalinismus als Voraussetzung für die Existenz der PDS begründete.

„Die einen wollen am liebgewordenen Bild des heroischen antifaschistischen Widerstandskämpfers nicht kratzen lassen. Andere meinen, mit dem Wissen über die kommunistische Diktatur in der DDR, jeder Kommunist - selbst wenn er ein Opfer des Hitler-Regimes geworden war - sei von vornherein ein politischer Lump.

Diese Schwarzmalerei hat mit der tatsächlichen Rolle Thälmanns und der deutschen Kommunisten in der Weimarer Republik sowie ihrem Kampf wenig zu tun. Thälmann und die deutschen Kommunisten spielten vor 1933 eine widersprüchliche Rolle, doch sie waren keine politischen Rabauken, die die Arbeiterschaft aufwiegelten und der späteren SED-Diktatur den Weg bahnten ..."

Wir stehen auf keiner der beiden Seiten. Wir achten einen mutigen Antifaschisten bei allen ernsten Widersprüchen jener Zeit. Thomas Mann könnte auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts die bekannten Worte von den großen Torheiten sagen:

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts."

Zur Mitgliederversammlung am 13. April 2007

von Peter Fischer

Die Mitgliederversammlung im Monat April beschäftigte sich mit der Auswertung des Bundesparteitages Die Linke.PDS in Dortmund, der Kreisdelegiertenkonferenz in Seelow und den daraus abzuleitenden politischen Aktivitäten.

Sascha Trutt als Parteitagsdelegierter schilderte seine persönlichen Eindrücke und hob hervor, dass der Vereinigungsprozess mit der WASG auch internationale Resonanz erfährt, wie beispielsweise in Griechenland.

Inhaltliche Schwerpunkte der Gemeinsamkeiten beider Parteien wurden darin kenntlich gemacht, dass:

- das Primat der Wirtschaft über die Politik verringert werden muss, da sonst die Handlungsspielräume von gestaltender Politik immer mehr verloren gehen und der Demokratieabbau vorangetrieben wird;
- Regierungsbeteiligungen verbunden sein müssen mit der Ablehnung von Kriegseinsätzen, Verhinderung der Privatisierung der Daseinsvorsorge und der Stärkung der sozialen Sicherungssysteme.

In der Diskussion um die Gründungsdokumente gab es aus unserer Partei über 300 Änderungsvorschläge, seitens der WASG fast 600.

Mit dem erreichten Konsens wurde die Basis für den Zusammenschluss geschaffen. Trotzdem werden Detailfragen weiter diskutiert werden müssen.

Helga Pietschmann informierte über den Verlauf der Kreisdelegiertenkonferenz, auf der es insbesondere um die Verabschiedung der kommunalpolitischen Leitlinien ging.

Schwerpunkte auch hier: Erhalt und Ausbau der Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene.

Entscheidend ist hierbei die Orientierung auf die sozial Schwachen und damit die Steigerung des Wiedererkennungswertes unserer Partei.

In der Diskussion meldeten sich sieben Genossen zu Wort und begrüßten einhellig den Prozess zur Vereinigung.

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die historische Chance nicht verpasst werden darf und es darauf ankommt, die Bündnisse mit Bewegungen von unten (z. B. „Freie Heide“) weiter auszubauen.

Alle Genossen wurden aufgerufen, sich an der Urabstimmung zu beteiligen.

Werner Förster informierte im Auftrag des Ortsvorstandes über vorgesehene Maßnahmen nach dem Gründungsparteitag Die Linke im Juni 2007.

Mit Beschluss der Mitgliederversammlung wird eine Spendenaktion für den Kauf eines Baumes durchgeführt.

Abschließend bedankte sich der Ortsvorstand bei den Genossen, die seit Jahren das Verteilungssystem für Publikationen aufrecht erhalten (R. Pietschmann, H. Weske, H. Lähner, K. Eysoldt, H. Richter, H. Schneider, E. Dechnik).

Mit Tagesordnungspunkt 4 erstattete der Ortsvorstand Bericht über zwei außerordentliche Beratungen des Ortsvorstandes und über eine Beratung des Rates der Alten. Er betraf ein Mitglied der Ortsorganisation wegen seiner vorsätzlichen Verstöße gegen statutengemäß gefasste Beschlüsse der Ortsorganisation (z. B. Wahlprogramm) sowie gegen Grundsätze des Programms bei seinen öffentlichen Auftritten.

Die Mitgliederversammlung beschloss mit 45 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen den Parteiausschluss und beauftragte den Ortsvorstand, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Jugendlich verspielt - Zur Landesmitgliederversammlung der Jugendverbände

von Sven Kindervater

Für den Kreisvorstand MOL fuhren Marco Büchel aus Bad Freienwalde und ich zur Landesmitgliederversammlung der Jugendverbände. Als Information für Euch, Genossen, schrieb er folgendes:

„Am 14. und 15.4. fand eine Landesmitgliederversammlung der Jugendverbände solid und PDS-Jugend sowie aller Parteimitglieder bis 35 Jahre statt. Sven und ich waren in Potsdam. Ziel der Versammlung war die Gründung eines neuen Jugendverbandes in Brandenburg. Von 450 Eingeladenen waren 74 dort, davon 46 Mitglieder von solid. Als Grundlage haben wir einen Satzungsvorschlag erhalten. Während der Tagung kamen zahlreiche Änderungswünsche von der PDS-Jugend Lausitz. Damit wurde uns schon deutlich, dass eine Einigung zwischen solid und PDS-Jugend doch noch ziemlich entfernt zu sein scheint; dies sollte sich im Laufe der Tagung auch noch gravierend bestätigen. Die neue Satzung sieht vor, dass sich ein eingetragener Verein, kurz: e. V., auf Landesebene bildet und den so genannten Jugendlandesverband bilden soll. Ein Name für den Verein stand noch nicht fest.

Nun zum Problem: Auf der Bundesebene hat sich eine AG aus WASG, solid und PDS mit jeweils zwei Vertretern zu der Problematik Jugendverband verständigt. Das Ziel des Bundesvorstands ist, dass es einen neuen Jugendverband gibt und keine einzelne Fortsetzung einer jetzigen Struktur. Die Genossen auf Bundesebene haben sich noch nicht einigen können. Ergo existieren bis dato noch keine Vorschläge über die neue Jugendstruktur. Wichtige offene Fragen sind, welche Altersgruppe und besonders, welche Struktur soll der Verband haben.

Nun wollten wir Brandenburger als Vorreiter agieren, besonders die Genossen von solid, und einen Verein gründen, ohne zu wissen, welche Vorstellungen es auf Bundesebene gibt und ob überhaupt solch ein Verein (eine juristische Person) in der neuen Bundesverbandsstruktur zugelassen wird. Die Landessatzung könnte der Bundessatzung widersprechen und somit die Jugendverbandsarbeit in Brandenburg lahm legen. Nach langer Diskussion und zahlreichen Änderungsanträgen hat die Satzung und somit die Gründung die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht erhalten. Das Abstimmungsergebnis war 46 Ja-, 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Danach war große Enttäuschung bei den Genossen von solid und böse Worte sind gefallen. Nach längerer Pause (mind. 1h) kam unser Landesvorsitzender Thomas Nord und bat uns um einen Kompromiss, da bereits viele intern und extern auf diesen Tag als Tag der Gründung schauten. Der Kompromiss sah vor, dass der Verband mit der vorliegenden Satzung als vorübergehende Satzung gegründet wird, aber nicht als eigenständiger Verein, sondern als Verband der zum Landesverband der Partei gehört. Dieser Kompromiss wurde mit 51 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen befürwortet.

Somit wurde ein neuer Jugendverband in Brandenburg gegründet, jedoch ohne Namen und tatsächliche Handlungsbefugnisse, da die Bundesebene noch zu keiner Festlegung bereit ist.

Mein persönliches Fazit ist, dass die Veranstaltung sehr solid-belastet und -dominiert war und somit für mich kein neuer Verband in Brandenburg entstand, sondern ein neues solid. Dafür spricht, dass die neuen Vorstandsmitglieder des Verbandes überwiegend Mitglieder von solid sind. Ich bin gespannt, wie es weitergeht, sobald der Bundesverband gegründet ist.

Als SprecherInnen des Sprecherrats wurde Katharina Dahme (bis dato Landesvorsitzende solid Brandenburg) und Steffen Kühne (ebenfalls solid) gewählt.

Und damit schöne Grüße nach Neuenhagen, euer Marco Büchel, Kreisvorstandsmitglied MOL.“

Weitere Informationen und Entwicklungen werden dann wieder von mir in der Juniausgabe erscheinen **... bis denn, der Sven.**

Termine im Mai

01.05.07, ab 10.00 Uhr	**Maifest** auf dem Hof der „Arche“
02.05.07, 18.00 Uhr	**Mit dem Botschafter der Republik Kuba im Gespräch,** Klub am See, Strausberg
03.05.07, 10.30 Uhr	**Freiluftsprechstunde von Renate Adolph (MdL) und Dagmar Enkelmann (MdB)**, U-Bahnhof Hönow
04.05.07, 18.00 Uhr	**Highlight Thailand,** Vortrag in Bild und Ton, Haus der Senioren
07.05.07, 18.30 Uhr	**Vorstandssitzung** in der „Arche“
08.05.07, 17.00 Uhr	Veranstaltung zum **Jahrestag der Befreiung** nebst Kranzniederlegung, Gedenkstätte Seelow
08.05.07, 19.00 Uhr	**Diskussion „Für Akzeptanz und Toleranz“** mit Sigrid Müller-Stahl in der „Arche“
11.05.07, 18.00 Uhr	**Literarische Streifzüge: Erich Kästner** mit Ruth Kröcher-Jochmann u. Dr. Erich Siek in der „Arche“
16.05.07, 14.30 Uhr	**Seniorenakademie „Meine Oboe und ich“** im Parkettsaal des Rathauses
23.05.07, 18.00 Uhr	**Dschungeleien in Nordborneo**, Eine literarisch-multimediale Wanderung, Haus der Senioren
24.05.07, 19.00 Uhr	**Fraktionssitzung,** im Restaurant der „Arche“
26.05.07, 13.00/15.00 Uhr	**Fußball-Pokalendspiele Märkisch-Oderland** auf dem Jahn-Sportplatz
27.05.07	**Renntag** auf der **Galopprennbahn Hoppegarten**

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag im Mai 2007

Siglinde Krüger
Ingeburg Orlamünde
Gerda Wallner
Arno Gassmann
Hermann Gruner
Diethelm Koenitz
Johannes Weigel

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.PDS - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an: Dr. Arno Gassmann, Niederheidenstraße 26, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung Sinn wahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

Im Gespräch

kann auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger



Klaus Eichner und Gotthold Schramm
„ANGRIFF UND ABWEHR - Die deutschen Geheimdienste nach 1945“

Für die Geheimdienste in Deutschland gab es 1945 keine Stunde Null. Eigentlich ging es weiter wie in den Jahrzehnten zuvor. Die Feinde waren die gleichen geblieben. Die einen kämpften weiter gegen »die Kommunisten«, die anderen setzten sich, wie seit dem Sozialistengesetz von 1878, gegen jene zur Wehr. Neu war: Seit 1945 hatte jede Seite einen großen Bruder. »Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten, Hauptsache, er war Antikommunist«, erklärte Harry Rositzke von der CIA. Und Markus Wolf sagte: »Wir haben ja nicht gegen Feindbilder operiert. Wir hatten wirkliche Feinde.« Der Blick auf die Gründergenerationen der Nachrichtendienste in West und in Ost verrät nicht nur deren Herkunft und ihre gegensätzlichen Motive. Er erklärt auch die Geschichte bis 1990 und darüber hinaus. Denn der Konflikt besteht unverändert fort.

Erstmals wird hier kompakt die Entstehungsgeschichte der Dienste in der BRD und in der DDR dargestellt. Markus Wolf hat maßgeblich an diesem Band mitgearbeitet, die Drucklegung des Werkes erlebt er nicht mehr.

Zu den Autoren des Sammelbandes gehören Erich Buchholz, Gabriele Gast, Werner Großmann, Detlef Joseph, Doris Kachulle, Karl Marx, Kurt Pätzold, Rainer Rupp, Wolfgang Schmidt, Wolfgang Schwanitz, Dieter Skiba, Helmut Wagner, Markus Wolf und etliche andere Experten ihres Faches.



Eberhard Esche
„Ein Stolz, der groß ist. Letzte Worte“

Der beliebte Schauspieler Eberhard Esche war für seine Totengedenkreden berühmt. Über diese Art der Erinnerungsarbeit kam er zum Schreiben, und bald entstanden auch Texte, die nicht am Grab vorgetragen wurden. Diese hat Esche zu Lebzeiten in zwei erfolgreichen Büchern veröffentlicht. Hier sind nun die von ihm über die Jahre gehaltenen Grabreden versammelt, für Benno Bessson, Peter Borgelt, Rainer Bredemeyer, Peter Hacks, Rolf Ludwig und andere. Es sind Erinnerungen an große Theaterkollegen und gemeinsam erlebte Theatergeschichte.

Im Mai 2006 starb Eberhard Esche. Und so bringt das Buch auch »Letzte Worte« an Esche: von Inge Keller, Simone von Zglinicki und Christian Grashof.

Außerdem gibt es einen Nachruf, den Esche vorsorglich rechtzeitig für sich selbst verfaßt hat. Es geht also um den heiteren Abschied von Bühne und Welt.